

Genehmigt 5. September 2002

Protokoll Nr. 32

Sitzung von Donnerstag, 20. Juni 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Natalie Imboden	Heinz Rub
Michael Aebersold	Urs Jaberg	Erich Ryter
Raymond Anliker	Daniele Jenni	Sabine Schärner
Thomas Balmer	Michael Jordi	Doris Schneider
Christof Berger	German Kalbermatten	Beat Schori
Peter Bernasconi	Esther Kälin Plézer	Rolf Schuler
Dieter Beyeler	Daniel Kast	Miriam Schwarz
Margrith Beyeler	Rudolf Keller	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Markus Kiener	Peter Sigerist
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy	Blaise Kropf	Ernst Stauffer
Christine Bosshardt	Andreas Krummen	Michael Straub
Michael Burri	Peter Künzler	Barbara Streit-Stettler
Walter Christen	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Markus Lüthi	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Anton Maillard	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Corinne Mathieu	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Christian Michel	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Erik Mozza	Margrit Thomet
Guglielmo Grossi	Christoph Müller	Catherine Weber
Rolf Häberli	Philippe Müller	Kurt W. Weyermann
Ueli Haudenschild	Rosmarie Okle Zimmermann	Beat Zobrist
Kurt Hirsbrunner	Ruth Rauch	Andreas Zysset
Stephan Hügli		

Entschuldigt:

Oskar Balsiger	Mario Marti	Ursula Rudin-Vonwil
Peter Bühler	Barbara Mühlheim	Ueli Stüchelberger
Annemarie Lehmann	Lydia Riesen	Thomas Weil

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet

Entschuldigt:

Ursula Begert
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Stéphanie von Erlach

Traktanden

- | | | |
|-----|--|-----|
| 1. | Ersatzwahl als Mitglied der Finanzkommission | -- |
| 2. | - Ersatzwahl als Mitglied der Reformkommission NSB, FIKO-Vertretung
- Ersatzwahl als stellvertretendes Mitglied der Reformkommission NSB, FIKO-Vertretung | -- |
| 3. | Interfraktionelle Motion FDP, SVP/JSVP, CVP/ARP (Adrian Haas, FDP): Gesunde Stadtfinanzen: Die Bürgerlichen kämpfen weiter – wie Don Quijote? (Frösch)
<i>Fortsetzung der Beratung vom 6. Juni 2002</i> | 101 |
| 4. | Interfraktionelles Postulat FDP, SVP/JSVP, CVP/ARP (Adrian Haas, FDP): Gesunde Stadtfinanzen: Die Bürgerlichen kämpfen weiter – wie Don Quijote? (Frösch) | 102 |
| 5. | Brünnen zum Wohnen: Verkauf des Wohnbaulands in Brünnen-Nord (Abstimmungsbotschaft) (Beyeler/Frösch) | 78 |
| 6. | Teuerungsanpassung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von subventionierten Institutionen (Thomet/Begert) | 73 |
| 7. | Motion Ruedi Keller/Walter Christen (SP): Aktives Anbieten der Dienstleistungen der Stadt Bern innerhalb des Gebiets des Vereins Region Bern (VRB) (Baumgartner) | 105 |
| 8. | Interpellation Dieter Beyeler (SD): Geplante Postversetzung aus dem Tscharnergut, Post quo vadis! (Baumgartner) | 116 |
| 9. | Dringliche Interpellation CVP/ARP (Daniel Kast, CVP): Sollen die Betreuungseinsätze von Zivilschutzleistenden in den Berner Alters- und Pflegeheimen wirklich abgeschafft werden? (Wasserfallen) | 124 |
| 10. | Motion Thomas Fuchs (SVP): Bürger- und gewerbefreundlich: Zibelemärit inskünftig offiziell ganz- oder halbtags arbeitsfrei, wie dies bei der Basler Fasnacht, dem Sechseläuten oder dem Knabenschiessen schon lange der Fall ist! (Wasserfallen) | 117 |
| 11. | Interpellation Lydia Riesen (SD): Angriff gegen die Polizei durch verummte Linkschaoten! (Wasserfallen) | 42 |
| 12. | Postulat Ueli Stükelberger (GFL): Für ein Stadion Wankdorf mit grösstem gebäudeinternen Solarkraftwerk Europas!; Prüfungsbericht (Guggisberg) | -- |
| 13. | Interpellation Fraktion SP/JUSO (Margrit Stucki-Mäder, SP): Was hat der Gemeinderat in Riedbach vor? (Guggisberg) | 113 |

Mitteilungen

Stadtratspräsidentin *Annemarie Sancar*: Der Ozonwert wurde diesen Sommer bereits 31 Mal überschritten. Nach Luftreinhalteverordnung dürfte dies nur 1 Mal pro Jahr passieren. Folgen sind brennende Augen, Atembeschwerden und Kopfschmerzen. Wollen wir uns daran gewöhnen und es hinnehmen? Wollen wir die Sommerabende lieber drinnen oder draussen verbringen? Es gibt zwei Möglichkeiten darauf zu reagieren: 1. Nach amerikanischem Muster: Den Grenzwert auf 240 Mikrogramm pro Kubikmeter verdoppeln oder 2. Das Auto zuhause zu lassen und öV, Velo, Füsse oder das Mofa zu benutzen. Wenn man das Auto braucht: nieder-tourig und langsam fahren. Helfen Sie alle mit zu verhindern, dass die Ozonwerte noch mehr überschritten werden.

Ordentliche Traktanden

1 Ersatzwahl als Mitglied der Finanzkommission

Als Nachfolger von Stephan Hügli wird Markus Kiener (FDP) gewählt.

2 - Ersatzwahl als Mitglied der Reformkommission NSB, FIKO-Vertretung

Als Nachfolger von Stephan Hügli wird Rudolf Friedli (JSVP) gewählt.

- Ersatzwahl als stellvertretendes Mitglied der Reformkommission NSB, FIKO-Vertretung

Als Nachfolger von Rudolf Friedli wird Urs Jaberg (FDP) gewählt.

3 Interfraktionelle Motion FDP, SVP/JUSO, CVP/ARP (Adrian Haas, FDP); Gesunde Stadtfinanzen: Die Bürgerlichen kämpfen weiter – wie Don Quijote?

Fortsetzung der Beratungen vom 6. Juni 2002 zu Antrag Nr. 101

Zu Ziffer 1

Stephan Hügli (FDP): Die Reduzierung der BUI als Folge von Kantonalisierungen verschiedener Aufgaben ist ein altes Anliegen der FDP. Wir werten es als positiv, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit erkannt hat eine Kapazitätsanalyse durchzuführen und Ziffer 1 als Postulat entgegenezunehmen. Die BUI versucht in letzter Zeit zu demonstrieren, wie viel man zu tun hat. In der Antwort des Gemeinderats finden wir keine einleuchtende Begründung, warum es im BUI nicht zu Kapazitätsreduktionen kommen sollte. Weniger Aufwand bedeutet auch weniger Personal. Wir halten an der Motion fest.

Liselotte Lüscher (SP): Wir unterstützen das Ansinnen des Gemeinderats in der BUI eine Kapazitätsanalyse durchführen zu wollen. Nachdem sämtliche Stellenpunkte für die Kantonalisierten Schulen abgebaut worden sind und die BUI laufend neue Aufgaben übernommen hat, hat unsere Fraktion keine Angst vor der Kapazitätsanalyse. Wir bitten die Ziffer 1 als Postulat zu überweisen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Die SVP/JSVP-Fraktion ist der Ansicht, dass aufgrund der geänderten Ausgangslage, die Ziffer 1 als Motion überwiesen werden sollte.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Der Gemeinderat hat eine Kapazitätsanalyse beschlossen. Meine Mitarbeitenden und ich begrüssen dies. Es ist unzumutbar, was die Mitarbeitenden des BUI schon über Jahre erdulden müssen. Der Vorwurf in der BUI würden die Leute mit dem Erstellen von Statistiken beschäftigt ist schlicht unhaltbar. Nachhaltige Verbesserungsvorschläge nehmen wir gerne entgegen. Nach der Durchführung der Kapazitätsanalyse von einer dritten Stelle erwarte ich aber vom Stadtrat, dass er mit all diesen stark belastenden Vorwürfen an die Mitarbeitenden des BUI aufhört.

Beschluss

Die Ziffer 1 wird von den Motionären in ein Postulat umgewandelt und als solches vom Stadtrat mit 67 Stimmen bei 1 Enthaltung erheblich erklärt.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Michael Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Christof Berger, Peter Bernasconi, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Guglielmo Grossi, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Natalie Imboden, Urs Jaberg, Daniele Jenni, Michael Jordi, German Kalbermatten, Esther Kälin Plézer, Daniel Kast, Rudolf Keller, Markus Kiener, Margareta Klein-Meyer, Andreas Krummen, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Christoph Müller, Philippe Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Heinz Rub, Erich Ryter, Sabine Schärner, Doris Schneider, Beat Schori, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Rudolph Schweizer, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter Margrit Thomet, Catherine Weber, Kurt W. Weyermann, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Der Stimme enthält sich: Blaise Kropf

Zu Ziffer 2

Hans-Ulrich Suter (FDP): Die Bürgerlichen halten an der Forderung die Arbeit der Schulzahnklinik an Private abzugeben fest. Die Argumente des Gemeinderats überzeugen nicht. Wir stellen nicht die Aufgaben der Schulzahnklinik in Frage. Wir sind aber der Ansicht, dass die private Zahnärzteschaft diese Aufgaben kostengünstiger wahrnehmen kann. Viele Eltern gehen mit ihren Kindern ohnehin lieber zu ihrem privaten Zahnarzt. Der Kanton Bern betrachtet die Schulzahnpflege im Rahmen des FILAGs als Aufgabe der Gemeinden. Daher leistet er keine finanziellen Beiträge mehr. Der langfristige und für die Stadt ungünstige Mietvertrag der Schulzahnklinik an der Rodtmattstrasse spricht für unser Anliegen. Eine andere Nutzung durch die Stadt wäre möglich. Wir bitten der Motion Ziffer 2 zuzustimmen.

Ruth Rauch (SP): Die Bürgerlichen kommen nun zum dritten Mal mit diesem Vorschlag. Wir lehnen diesen ab. Die Schulzahnklinik hat mit der Prävention und der Zahnbehandlung zwei zentrale Angebote. Haben wir die Schulzahnklinik nicht mehr, müssen diese Aufgaben ausgelagert werden. Wir haben Grund zur Annahme, dass eine Auslagerung nicht zu Einsparungen bei der Prävention führen wird. Die Überkapazitäten bei den privaten Zahnärzten führt dazu, dass diese die Zahnbehandlung von Kindern gerne übernehmen würden. Kinder sind aber nicht immer angenehme Patienten. Manchmal haben sie Angst, weinen und wollen den Mund nicht öffnen. Ohne Schulzahnkliniken müssen wir sehen, wie wir die Versorgung dieser Kinder sicherstellen können. Wenn Eltern lieber zu privaten Zahnärzten gehen ist dies ihre Sache. Wir lehnen die Motion ab.

Beat Schori (SVP): Ich freue mich, dass wir bei diesem Punkt die Unterstützung der GFL/EVP-Fraktion haben. Die Antwort des Gemeinderats überzeugt uns nicht. Für die Universitätsklinik ist Kinderzahnheilkunde sicher nichts neues. Die Prophylaxe kann problemlos von Privatzahnärzten übernommen werden. Die Kinderärzte könnten sich um die Früherkennung und Beratung vor der Schulpflicht der Kinder kümmern. Ich bitte um Unterstützung der Ziffer 2 dieser Motion.

Michael Burri (GFL): Für uns ist die Schulzahnklinik sicher kein Tabu. Die Antwort des Gemeinderats scheint uns nicht in allen Punkten stichhaltig. Die Behandlungspflicht der Schulzahnklinik führt nicht dazu, dass sich alle Kinder behandeln lassen. Diese kann auch von Privatzahnärzten übernommen werden. Die Prophylaxe hingegen ist wichtig. Damit lernen die Kinder wie man seine Zähne pflegt. Die Frage ist nur wie häufig die Existenz der Schulzahnklinik in diesem Rat diskutiert wird. Es handelt sich hier nicht um ein Unternehmen, dass starken Wandlungen unterworfen ist. Es ist eine Frage des Anstandes – auch den Angestellten gegenüber – dass ihre Arbeit nicht alle 3 Jahre in Frage gestellt wird. Als wir im Jahr 1995 unsere Motion einreichten ging es darum zu prüfen, ob nach der Pensionierung des Leiters der Schulzahnklinik ein neuer Chefbeamter eingestellt werden soll. Damals ist unsere Forderung vom Rat abgelehnt worden. Wir akzeptieren dies und werden in den nächsten Jahren keinem entsprechenden Vorstoss zustimmen. Eine anderweitige Nutzung der Räumlichkeiten an der Rodtmattstrasse ist wegen des Knebelungsvertrages schlicht undenkbar. Guter Wille alleine reicht dafür nicht aus. Eine kleine inhaltliche Korrektur zum Votum von Beat Schori: Die Kinder gehen schon im Vorschulalter in die Schulzahnklinik. Wir lehnen die Motion ab.

Direktorin BUI Edith Olibet: Wer die Kosten für Zahnreparaturen für die Stadt in die Höhe treiben will, stimmt dieser Motion zu. Wer glaubt mit der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (FILAG) sei die Stadt von der Pflicht Prophylaxe zu betreiben entbunden liegt falsch. Der Kanton hat dafür andere Aufgaben wie beispielsweise die ganze Spitalfinanzierung übernommen. Schaut man bei dreijährigen Kindern der sozial schwachen Bevölkerungsschichten in den Mund, weiss man, wie wichtig der Entscheid des Gemeinderats war Kinder schon ab diesem Alter zu kontrollieren und Prävention zu leisten. Dies ist die billigste Art, mit den Kosten, verursacht durch Zahnschäden, umzugehen. Es wurde gesagt, Köniz habe keine Schulzahnklinik. Köniz hat 35 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Bern 126 000. Alle grossen Städte wie Genf, Zürich und Basel haben öffentliche Schulzahnkliniken, die unbestritten sind. Man weiss dort, dass Schulzahnkliniken Kosten sparend sind. Sie behandeln zu einem günstigen Tarif, der sich ein privater Zahnarzt nicht leisten kann. Die Zahnbehandlungen der Schulzahnklinik sind voll kostendeckend. Was kostet ist die Prophylaxe. Würde diese aufgegeben entstehen Kosten im Reparaturbereich. Ich bitte den Rat diese Motion abzulehnen, weil sie weder aus finanzpolitischer wie gesundheitspolitischer Sicht Sinn macht.

Direktorin BUI Edith Olibet: Ich bitte auch das Postulat abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Ziffer 2 als Postulat mit 39 : 27 Stimmen ab.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Anton Maillard, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann,

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Guglielmo Grossi, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch,

Sabine Schär, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stautter, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Zu Ziffer 3

Hans Peter Aeberhard (FDP): Der Gemeinderat behauptet, dass in der Städtischen Steuerverwaltung keine Doppelspurigkeiten mehr bestehen. Die Leistungen, die der Kanton verlangt seien auch kostendeckend. Daher muss die Steuerverwaltung so belassen werden, wie sie ist. Wir haben im Jahr 26 Mio Franken Aufwand für die Steuerverwaltung. Davon sind 5,7 Mio Franken Lohnkosten. Zum Vergleich: Die Sanitätspolizei kostet uns 10 Mio Franken, die Feuerwehr 14 Mio Franken. Würden wir nur noch die Aufgaben für die Gemeindesteuern wahrnehmen, müsste dies viel billiger sein. Seit dem Jahr 2000 müssten auch die Lohnkosten gesunken sein. Die FDP-Fraktion glaubt nicht, dass es keine Redundanzen mehr gibt. Wir glauben, dass noch mehr Doppelspurigkeiten vermieden werden und viele Steuermillionen gespart werden könnten.

Andreas Zysset (SP): Die Forderung, die Steuerverwaltung auf den Kanton abzuschieben ist falsch. Es gibt keine entsprechende Analyse dazu. Der Vorredner hat nur die Kostenseite beleuchtet. Über die Ertragsseite hat er nichts gesagt. Wir unterstützen auch eine umgewandelte Motion nicht. Allenfalls wäre es interessant zu wissen, ob der Kanton die Leistungen der Stadt vollumfänglich vergütet. Es scheint uns unseriös die Aufgaben der Steuerverwaltung auf den Kanton abzuschieben im Glauben wir würden Geld sparen. Daher sagen wir nein zu diesem Motionspunkt.

Beat Schori (SVP): Wenn es einem Gemeinwesen schlecht geht, wird als erstes nach Optimierungsmöglichkeiten der Arbeitsprozesse gesucht. Doppelspurigkeiten müssen restlos eliminiert werden. Wir attestieren dem Gemeinderat, dass er dies versucht hat. Wir sind aber weiterhin der Meinung, dass noch Doppelspurigkeiten bestehen. Darum wäre einer Übertragung der Aufgaben auf den Kanton nichts entgegenzusetzen. Andere Gemeinden wie z.B. Köniz haben dies auch getan. Sie beschäftigen drei Leute mit Aufsichtsfunktionen.

Michael Straub (EVP): Für uns ist die Antwort des Gemeinderats knapp ausgefallen. Wir haben zu wenig Informationen und die Auslegeordnung ist zu dürftig um diese Motion unterstützen oder ablehnen zu können. Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt soll nur Vorteile bringen. Die Zusammenarbeit erscheint durchaus sinnvoll. Für einzelne Aufgaben erschiene uns aber ein Kompetenzzentrum sinnvoller. Für uns bleibt aber sehr viel unklar. Daher würden wir den Antrag als Postulat unterstützen.

Direktorin FPI *Therese Frösch*: Diese Vorlage wurde schon mehrmals überprüft. Das letzte Mal vom Finanzinspektor. Dieser kam zum Schluss, dass eine Auslagerung zum Kanton schlecht für die Stadt wäre. Es wurde behauptet, dass die Steuerverwaltung Kosten treibend bewirtschaftet wird. Die 26 Mio Franken, die vorhin in den Raum gestellt wurden, sind nicht reiner Verwaltungsaufwand. Unsere Steuerverwaltung ist die grösste des Kantons und wir arbeiten mit anderen Steuerverwaltungen, die eine Sektion im Kanton haben, zusammen. Wir können froh sein, dass wir eine eigene Steuerverwaltung haben. Wir wären schlecht beraten, wenn wir die Einkünfte der Stadt anderen überlassen würden. Hier ist höchste Präzision und auf dem neusten Stand sein unabdingbar. Wir können dies nicht dem Monopol des Kantons überlassen, der uns teilweise auch legiferiert. Wir haben eine gute Steuerverwaltung, die einen ausgezeichneten Ruf hat und somit auch gut mit dem Kanton zusammenarbeitet. Dies

möchten wir sicher nicht preisgeben. Unser Steuerverwalter Herr Oester hat sowohl in der FIKO wie auch in der GPK schon viele Male Auskunft gegeben. Wir haben unter einem grossen Druck gestanden, weil dies schon das vierte Mal ist, wo die Kantonalisierung der Steuerverwaltung zur Diskussion steht. Die Steuerverwaltung ist die Abteilung in meiner Direktion, die am meisten Rationalisiert und Reorganisiert hat. Die Sparmassnahmen, die in den letzten Jahren angegangen wurden, haben eine sehr hohe Umsetzungsquote. Ich rate ihnen ab eine so gut funktionierende Steuerverwaltung aufzugeben. Ich bitte diesen Antrag auch als Postulat abzulehnen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Wir denken, dass noch Informationsbedarf besteht, wie man die Steuerverwaltung noch schlanker machen könnte und wandeln in ein Postulat um. Wir bitten dieses zu unterstützen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Ziffer 3 als Postulat mit 37 : 30 Stimmen zu.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Michael Burri, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Guglielmo Grossi, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Zu Ziffer 4

Thomas Balmer (FDP): Letztes Mal haben wir gehört, dass die Angestellten der Stadtgärtnerei von der geborgenen Atmosphäre der Stadt in die grauenhafte Privatwirtschaft geworfen werden sollen. Dies ist völlig falsch. Die Stadtgärtnerei hat gut ausgebildete Fachleute. Die Angestellten brauchen keinen geschützten Betrieb. Sie erfüllen ihre Aufgabe wie alle andern, die ihren Beruf ernst nehmen. Wir distanzieren uns von der Sicht der Gewerkschaften und bitten diese ihre Ansicht zu überdenken. Die Stadt kann mit ihrer Finanzlage kaum noch als gute Arbeitgeberin gelten. Die Stadtgärtnerei ist gross. Ihr Tätigkeitsgebiet wurde laufend ausgebaut. Gleichzeitig nimmt sie die Kontrolle und Ausführung wahr. Beispielsweise beim Baumschutzreglement beurteilt die Stadtgärtnerei den Zustand eines Baumes und bietet die entsprechenden Massnahmen wie schneiden oder fällen auch selber an. Sie pflanzt Grünanlagen, die sie selber plant, ausführt und pflegt. Dabei übernimmt sie auch die Kontrolle. Dass es auch anders geht zeigt die heutige Organisation der Stadtbauten. Dort wird die Planung ausgeschrieben und die Leistung definiert. Die erbrachte Arbeit wird kontrolliert. Das Ziel ist eine kostengünstige, fachlich gut ausgeführte Arbeit, die entsprechend kontrolliert wird. Eine Anpassung der Aufgaben der Stadtgärtnerei in Richtung einer Managementorganisation würde einen flexibleren Einsatz der Mitarbeiter erlauben. Die Mehrwertsteuer verteuert die Ar-

beit nicht um 7,6%. Die Kosten der Stadtgärtnerei und die Kosten von Privaten sind nicht vergleichbar. Bis heute werden die Kosten für die Liegenschaften und Werkhöfe nicht berücksichtigt. Jedes Unternehmen beinhaltet ein unternehmerisches Risiko. So auch die Stadtgärtnerei. Warum soll die Stadt ein Unternehmen betreiben? Dieser Vorstoss geht eindeutig nicht gegen das Personal der Stadtgärtnerei. Die Angestellten der Stadtwerke haben die Verselbstständigung mit Begeisterung aufgenommen. Die Arbeit der Stadtgärtnerei ist sehr notwendig, aber nicht als Selbstaufgabe sondern als wichtiger Teil des Gemeinwesens. Ich danke für die Unterstützung und wandle in ein Postulat um.

Margrit Thomet (SVP): Bei der Stadtgärtnerei hat man in den letzten Jahren den Vergleich mit der Privatwirtschaft am stärksten angestrebt und teilweise ausgeführt. Es wurden 40 Stellen abgebaut. Die Sparmassnahmen der verschiedenen Haushaltssanierungspakete (inklusive des 3%igen Globalsparauftrages) des Gemeinderats wurden eingehalten. Es wurden keine Nachkredite beantragt. Der Vergleich der Kosten (mit in der Marktwirtschaft üblichen Tarifen) wird mit der Berücksichtigung der „Overhead-Kosten“ gemacht, obwohl die Verrechnung der internen Kosten vom Gemeinderat aufgehoben wurden. Aufgrund intensiver Gespräche der NSB-Delegation mit der Stadtgärtnerei ist es leider so, dass die Pflege und der Unterhalt der öffentlichen Grünanlagen immer problematischer und aufwändiger wurden. Die sozialen Strukturen der Benützer und Benutzerinnen haben sich stark verändert. Vandalenschäden, Verschmutzungen und Sprayereien sind Zeiterscheinungen, die nur sehr schwer in den Griff zu bekommen sind. Nur dank der Unterstützung und des Einsatzes der City-Pflege können die Sauberkeit und die Pflege der öffentlichen Grünanlagen gewährt werden. Die Personellen Ressourcen der Stadtgärtnerei sind enger geworden. Wir sehen im Moment keine Entlastung der Stadtfinanzen durch die Ausschreibung von Aufträgen für den Unterhalt von bestehenden Grünanlagen. Weil aber die Stadtgärtnerei für die Pflege von zusätzlichen Grünanlagen Personal aufstocken müsste, werden neue Aufgaben besser öffentlich ausgeschrieben. Darum unterstützen wir ein Postulat. Möglichkeiten wie innerhalb von Produktgruppen noch gespart werden könnte sollen geprüft werden.

Natalie Imboden (GB): In den letzten Jahren wurde bei der Stadtgärtnerei intensiv gespart. Dies auf Kosten der Angestellten. Eine Privatisierung der Stadtgärtnerei lehnen wir ab. Wer würde die Grünanlagen der Stadt pflegen? 77 Gärtnermeister und -meisterinnen? Diese müssten untereinander koordiniert werden. Der Aufwand wäre enorm. Private sind nicht günstiger. In den Quartieren übernimmt die Stadtgärtnerei nicht nur wichtige Unterhaltsaufgaben. Private können sich für Gestaltungs- und Verbesserungsvorschläge direkt an die Stadtgärtnerei wenden. Sie ist also ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der Bevölkerung und der Stadt. Wohnumfeldverbesserungen wurden in dieser Legislatur als Schwerpunkt gesetzt. Daher müssen öffentliche Grünanlagen von Leuten gepflegt werden, die von der Stadtverwaltung angestellt sind und somit ein direkter Draht zur Gemeindeverwaltung besteht. Wir lehnen diesen Punkt 4 auch als Postulat ab.

Walter Christen (SP): Die Pflege der öffentlichen Grünanlagen ist für unsere Stadt eine äusserst wichtige ökologische Aufgabe. Zürich expandiert und bildet gar eine eigene Direktion unter dem Motto „Grün Stadt Zürich“. Dies ist fortschrittlich. Grün braucht nachhaltige Betreuung. Es braucht Know-how. Die Pflege muss für die Stadt gesamthaft organisiert sein. Um kundenfreundlich zu sein müssen Entscheidungswege möglichst kurz sein. Bei einer Auslagerung ginge wichtiges Wissen verloren. Die Kosten der Stadtgärtnerei sind transparent und erlauben einen Vergleich mit Privaten. Muri beispielsweise will die Pflege ihrer Friedhöfe nach erfolgter Pilotphase nicht privatisieren, weil die anfallenden Arbeiten von der Gemeinde kostengünstiger ausgeführt werden können. Einsparpotentiale bei Vergabe der Arbeiten an Pri-

vate sind neoliberale Hirngespinnste. Die Stadtgärtnerei erachten wir nicht als geschützten Betrieb. Es handelt sich um eine moderne Unternehmung, die am Markt bestehen kann. Wir haben im Rat dreimal Vorstösse behandelt, welche die Privatisierung der Unterhaltsarbeiten der öffentlichen Grünanlagen forderten. Ich finde es für die Angestellten und deren Familien unzumutbar, unter solchen Umständen arbeiten zu müssen. Seit 1993 leben sie im Schwebestand. Die Fraktion SP/JUSO bittet um Ablehnung dieses Postulates.

Michael Burri (GFL): Für uns ist wesentlich, dass die Stadtgärtnerei ein führender NSB-Betrieb ist. Schon diese Tatsache allein zwingt uns dazu, dieses Postulat abzulehnen. Würde die Pflege der öffentlichen Parkanlagen privatisiert, wäre dies ein Dauerauftrag, den private Gärtnermeister und -meisterinnen gerne übernehmen würden. Dies würde zu einem Budgetposten in der Stadtverwaltung führen, der nicht mehr genau kontrollierbar wäre. Davon erwarte ich keine Effizienzsteigerung. Bei der Stadtgärtnerei als NSB-Pilot ist die Aufsicht auch von bürgerlicher Seite gewährleistet. Die Stadtgärtnerei hat in den letzten Jahren redimensioniert. Eine entscheidende Raumverdichtung wurde durchgeführt. Die Stadtgärtnerei muss nicht schon wieder hinterfragt werden.

Margrit Thomet (SVP): Ich habe die Leistung der Stadtgärtnerei klar honoriert. Ich anerkenne auch die vorbildliche Effizienzsteigerung. Daher unterstützen wir die Motion nicht. Wir wissen aber, dass in Zukunft neue Aufgaben auf die Stadtgärtnerei zukommen. Wir unterstützen das Postulat, damit Neuaufgaben für die Vergabe an Dritte überprüft werden. Dazu muss auch keine der bestehenden Stellen in der Stadtgärtnerei gestrichen werden.

Thomas Balmer (FDP): Die Stadtgärtnerei soll nicht wegrationalisiert werden. Wir verlangen aber, dass Leistungen die ausgelagert werden können an Dritte vergeben werden. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, die Stadtgärtnerei zu einer Öffentlich-Rechtlichen-Anstalt zu machen. Zweckmässiger ist es, ihr die Kontrollfunktion über auszuführende Arbeiten zu geben und sie die speziellen Arbeiten ausführen zu lassen. Der Vergleich von kleinen Gemeinden mit der Stadt Bern ist unrichtig. Die Mehrwertsteuer ist geschuldet, wie dies bei allen anderen Unternehmen der Fall ist. Damit wäre auch gezeigt, dass die Ausgangslage für die Kostenberechnung nicht für alle gleich ist, da private Gartenpflegeunternehmen diese bezahlen müssen.

Walter Christen (SP): Bei einer Auslagerung an Dritte kann nicht nur kein Geld gespart werden, sondern es käme die Stadt teurer zu stehen. Die privaten Gartenbauunternehmen besitzen keinen Gesamtarbeitsvertrag und im Gartenbau wird am meisten Schwarzarbeit geleistet. Auch dies sollte in die Rechnung miteinbezogen werden.

Direktor HSE *Adrian Guggisberg*: Dieses Jahr feiert die Stadtgärtnerei 125 Jahre Jubiläum. Sie feiert dieses Jubiläum als Teil der Stadtverwaltung aber auch als Unternehmung. Es ist ein ausgezeichnetes Zeugnis für die Arbeitgeberin Stadt und für das Personal, welches sich während 125 Jahren für unsere Stadt eingesetzt hat. Ich bin erstaunt, dass dieses Vorzeigunternehmen der Stadt immer wieder Angriffen ausgesetzt ist. Die Stadtgärtnerei stellt sich der Herausforderung eine effiziente Abteilung der Stadtverwaltung zu sein. Als eine der ersten Abteilungen führte sie eine transparente Stundenkontrolle ein. Verschiedene Effizienzsteigerungsprojekte wurden von ihr freiwillig aufgegleist. Sie hat sich laufend modernisiert und ihre Rechnung verbessert. Auch gespart hat sie. Beispielsweise ist sie freiwillig zusammengerückt und hat so Raum freigegeben. Die Stadtgärtnerei war aber auch bereit, Verbesserungsvorschläge anzunehmen und durchzusetzen. Ihr wird auch immer wieder Vergleichbarkeit mit einer gut geführten privaten Gärtnerei attestiert. In der Öffentlichkeit wird die Ar-

beit der Stadtgärtnerei gelobt. Vor 125 Jahren hat sie die Arbeit mit einem Mann aufgenommen. Heute sind es über 220 Mitarbeitende. Dies ergab sich klar aus der Aufgabenstellung, aber auch aus dem Willen der Stadt Bern, dass die öffentlichen Grünanlagen gut gepflegt sein sollen. Für die Stadt Bern wäre eine Auslagerung der anfallenden Arbeiten mit mehr Nachteilen als Vorteilen verbunden. Der Kanton lässt seine öffentlichen Anlagen auch von der Stadtgärtnerei pflegen, was auch wieder ein Beweis für deren Effizienz ist. Auch Ausbildungen und Weiterbildungen werden mit den privaten Gärtnereien in bester Kooperation durchgeführt. Das Gewerbe hat kein Interesse, dass die Stadtgärtnerei privatisiert wird. Die Stadtgärtnerei muss auch sehr viel unangenehme Drecksarbeit erledigen: Spritzen und Unrat müssen in den öffentlichen Anlagen mehrmals pro Tag beseitigt werden. Ich wünsche mir, dass den Mitarbeitenden einmal für die geleisteten Arbeiten gedankt wird. Ich hoffe, dass dieses Thema nun ein für allemal vom Tisch ist. Die Stadtgärtnerei soll weiterhin Teil der Stadtverwaltung bleiben. Noch einige Verbesserung zu Aussagen meiner Vorredner: Die Stadtgärtnerei fällt keine privaten Bäume. Neuanlagen werden von der Stadtgärtnerei an Dritte abgegeben. Dafür werden einige Millionen Franken pro Jahr ausgegeben. Dies funktioniert aber nur solange, wie wir auch Geld dafür zur Verfügung haben. Ich bitte diesen Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Ziffer 4 als Postulat mit 43 : 25 Stimmen ab.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mir Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Markus Kiener, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Christof Berger, Dieter Beyeler, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Guglielmo Grossi, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, German Kalbermatten, Daniel Kast, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Zu Ziffer 5

Christoph Müller (FDP): Das Stadtplanungsamt erfüllte in den letzten Jahren wichtige Aufgaben. Das Stadtentwicklungskonzept und namhafte Grossplanungen wie das Wankdorf, Brünen und Weissenstein sprechen dafür. Darum wurde eine grosse Arbeitskapazität aufgebaut. Heute ist der grösste Teil der Grundlagen erarbeitet. Die Zahl der Planungen ist rückläufig und die erwähnten Grossplanungen gehen in die Umsetzung über. Somit ist es auch beim Stadtplanungsamt an der Zeit neu zu überprüfen wo Einsparungsmöglichkeiten bestehen. Dabei muss entschieden werden, welche Aufgaben unverzichtbar durch Angestellte der Stadt durchgeführt werden müssen, welche Arbeiten genauso gut an Dritte vergeben werden können und welche Aufgaben zurückgestellt und terminlich grosszügiger behandelt werden können. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat im Stadtplanungsamt eine Aufgaben- und Ka-

pazitätsanalyse durchführen lässt. Wir sind bereit, diesen Punkt 5 in ein Postulat umzuwandeln.

Rudolf Friedli (JSVP): Der Gemeinderat stellt nicht in Abrede, dass die gesamstädtischen Konzeptarbeiten abgeschlossen sind. Für die Folgearbeiten des Stadtentwicklungskonzeptes hat man gemeint genügend Zeit einzuplanen, diese haben sich aber verzögert. Der Grund für die Verzögerung sind unerwartete Neuaufträge. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, kann mit dem Setzen von Prioritäten viel erreicht werden. Ausserdem ist die Zahl der Planungen rückläufig. Somit kann von einer kleineren Gesamtbelastung ausgegangen werden. Das Stadtplanungsamt kann daher ohne Not redimensioniert werden. Der Gemeinderat beklagt, dass die neuen Geschäfte immer höhere Dringlichkeit haben und immer komplexer würden. Das Stadtplanungsamt sei bis zur Leistungsgrenze gefordert. Wir fordern daher seit Jahren weniger Vorschriften und weniger Planung. Damit wird der Aufwand sowohl für die Stadt als auch für die Bauherrschaft verringert. Auch die Bauwirtschaft wird dadurch behindert und diese sollte doch vermehrt Steuereinkünfte bringen. Eine Aufgaben- und Kapazitätsanalyse kostet nur Geld und ist unserer Meinung nach unnötig. Das Ergebnis steht unserer Meinung schon fest. Die SVP/JSVP-Fraktion stimmt dem Punkt 5 der Motion zu.

Ruth Rauch (SP): Das Planungsamt kostet uns 5 Mio Franken pro Jahr. Die Stadt ist geplant, daher brauchen wir kein Stadtplanungsamt mehr, ist der Grundtenor zu diesem Vorstoss. Der Gemeinderat weist aber auch darauf hin, dass die Geschäfte immer komplexer geworden sind. Es ist noch nicht alles geplant. Für uns ist es trotzdem relevant, ob das Stadtplanungsamt nicht Abläufe vereinfachen könnte. Insbesondere wenn Auslagerungen an Dritte geprüft werden und wenn ein „Bench-Marking“ mit vergleichbaren Städten und Projekten gemacht wird. In diesem Sinn unterstützen wir diesen Vorstoss Ziffer 5 in Form eines Postulates.

Blaise Kropf (JA!): Es gibt nach wie vor eine ganze Reihe von Planungen die realisiert werden müssen. Es gibt auch Folgearbeiten die getan werden müssen. Daher gibt es keinen Grund das Stadtplanungsamt zu Redimensionieren. Die GB/JA!/GPB-Fraktion lehnt die Motion Ziffer 5 ab und bittet den Rat dies auch zu tun.

Direktorin FPI Therese Frösch: Der Gemeinderat ist bereit, die Ziffer 5 als Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es sehr viele Neuplanungen gibt. Auch die Fragen über die auszuscheidenden Gebiete zum Wohnen sind noch nicht geklärt. Darum bittet der Gemeinderat der Ziffer als Motion nicht zuzustimmen. Bei der Ziffer 6 bittet der Gemeinderat, diese als Postulat anzunehmen, als Motion aber abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der umgewandelten Ziffer 5 mit 51 : 14 bei 2 Enthaltungen als Postulat zu.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Michael Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Margrith Beyeler, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Guglielmo Grossi, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Esther Kälin Plézer, Markus Kiener, Margareta Klein-Meyer, Andreas Krummen, Peter Künzler, Markus Lüthi, Anton Maillard, Christian Michel, Christoph Müller, Philippe Müller, Rosmarie Okle

Zimmermann, Ruth Rauch, Heinz Rub, Erich Ryter, Sabine Schärner, Beat Schori, Rolf Schuler, Rudolph Schweizer, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Margrit Stucki-Mäder, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmen: Peter Blaser, Walter Christen, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Rudolf Keller, Blaise Kropf, Liselotte Lüscher, Doris Schneider, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Andreas Zysset

Der Stimme enthalten sich: Christof Berger, Corinne Mathieu

Zu Ziffer 6

Heinz Rub (FDP): Wir sind erstaunt, dass wir die Antwort des Gemeinderats über die Medien erhalten haben. Die Liegenschaftsverwaltung hat gesagt, dass ein Verkauf der genannten Liegenschaften unter dem Buchwert stattfinden müsste. Dies ist so, weil die Restaurationsbetriebe nicht kostendeckend arbeiten. Die FDP-Fraktion versteht unter dem Verkauf folgendes: Alle Restaurants, die der Stadt Bern oder dem Fonds gehören und die verkauft werden können, sollen verkauft werden. Dort wo ein Verkauf nicht möglich ist soll geprüft werden, ob ein Stockwerkverkauf möglich ist. Wenn aus baulichen oder aus Standortgründen ein Verkauf nicht notwendig ist, soll man versuchen die Verträge an die Betreibenden zu verkaufen. D.h. Restaurationsbetreiber übernehmen in der Rohbaumiete oder sogar im Baurecht mehrere Restaurants der Stadt Bern gemeinsam und betreiben diese individuell.

Ruth Rauch (SP): Das Betreiben von Gastronomiebetrieben ist keine Kernaufgabe der Stadtverwaltung. Wenn die Liegenschaften verkauft werden, wird dies nicht mit Gewinn sein. Zu beachten ist aber, dass die verschiedenen Liegenschaften mit viel Bauland bestückt sind. Darum wäre es falsch, wenn die Stadt diese Baulandreserven aus der Hand geben würde. Trotzdem wäre es wünschenswert, wenn die eine oder andere „gesammelte“ Liegenschaft verkauft würde. Darum unterstützen wir das Anliegen als Postulat.

Rudolf Friedli (JSVP): Der Gemeinderat betont, dass die Restaurants nur zum Ertragswert von 10,8 Mio Franken verkauft werden können. Der Buchwert betrage aber 25,8 Mio Franken, was einen Verkauf als ganzes nicht zulasse. Wir von der SVP/JSVP-Fraktion finden, dass hier einiges falsch gelaufen ist. Was heisst Ertragswert? Ist dies der Verkehrswert? Ertragswert ist ein Begriff aus dem Landwirtschaftsrecht. Dies gibt es beim Gastgewerbe nicht. Der Buchwert sollte möglichst nahe am Verkehrswert liegen, damit eine gute Abbildung der Realität entsteht. Der Wert muss demnach berichtigt werden. Ich kann der Argumentation des Gemeinderats nicht folgen. Die SVP/JSVP-Fraktion empfiehlt den Verkauf dieser Restaurants. Bei einem Verkauf lässt sich einiges beim Unterhalt und bei den Verwaltungskosten einsparen. Die Motion verlangt nicht den sofortigen Verkauf, sondern sie verlangt, dass man Grundlagen für einen Verkauf schaffen soll. Der Erlös soll in die Stadtrechnung und nicht in die Fondsrechnung einfließen.

Michael Jordi (GB): Der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben gemacht und diese auf den Tisch gelegt. Er hat seine Restaurants einer umfassenden Analyse unterworfen und die verkaufswürdigen und die verkaufsunwürdigen Objekte bestimmt. Die Stadt führt keine Restaurants. Der Besitz von öffentlich zugänglichen Restaurationsgebäuden ist durchaus im Interesse der Stadt. Die rentierenden Betriebe sollen nicht abgestossen werden. Bei denjenigen die nicht rentieren muss ein Verkauf in Betracht gezogen werden. Ist der Verlust grösser als die momentanen Kosten rentiert es sich nicht. Aus diesen Gründen lehnt die GB/JA!GPB-Fraktion Ziffer 6 auch als Postulat ab.

Peter Blaser (SP): Wir diskutieren, wo wir sparen können und überlegen nicht, was wir dafür bekommen. Restaurants sind Bestandteil einer Kultur. All diese Restaurants sollen verkauft werden, ohne dass wir wissen, was daraus wird. Wir vom Stadtrat haben die Aufgabe eine Segregation zu verhindern. Dies bedeutet, dass wir beispielsweise ein Restaurant besitzen, welches anderen Ansprüchen gerecht wird. 1988 wurde das Restaurant Sternen der Bevölkerung von Bümpliz geschenkt. Heute soll der Sternen verkauft werden. Damit handelt es sich nicht nur mehr um eine politische Frage. Wir sollten dafür sorgen, dass der Sternen wieder aufgewertet wird. Ich frage mich, ob wir in Bümpliz noch zu Recht in dieser Stadt sind. Lasst den Bümplizern diese Kulturstätte.

Peter Künzler (GFL): Auch das Verwalten von städtischen Restaurants kostet Geld. Das Aushandeln von Verträgen und der Unterhalt kostet. Es steht nicht nur zur Diskussion, ob diese Restaurants von irgendjemandem betrieben werden, sondern es geht auch darum, dass die Kosten der Verwaltung und des Unterhaltes gespart werden. Es ist klar, dass es bestimmte Liegenschaften gibt, die nicht verkauft werden sollten. Die Motion verlangt auch nur, dass überprüft wird, was verkauft werden soll. Darum bittet die GFL/EVP-Fraktion diese Motion zu unterstützen. Baurechtsvergabungen sollten auch diskutiert werden können. Wir wundern uns über die bürgerlichen Unterzeichnenden dieser Motion, die unlängst – in Bezug auf das Schwellenmätteli – eine andere Ansicht vertreten haben. Wir nehmen auch interessiert zur Kenntnis, dass die SP ein Postulat unterstützen will und der Gemeinderat dieses annimmt.

Heinz Rub (FDP): Bei einem Restaurant kann sehr wohl von einem Ertragswert gesprochen werden. Mit unserer Motion streben wir eine Tilgung der Stadtschulden an. Auch wenn ein gewinnbringendes Restaurant verkauft wird muss geprüft werden, ob der für die Schulden anfallende Zins nicht grösser als der Ertrag ist. Wir werden an dieser Motion festhalten.

Michael Jordi (GB): Der Motionstext verlangt den Verkauf von diesen Liegenschaften. Er lässt sich nicht als Postulat interpretieren.

Beschluss

Ziffer 6 der Motion wird als Postulat mit 35 : 34 Stimmen erheblich erklärt.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Christine Bosshardt, Michael Burri, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Margareta Peter Künzler, Anton Maillard, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann,

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Guglielmo Grossi, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Esther Kälin Plézer, Rudolf Keller, Klein-Meyer, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Ordnungsantrag

Raymond Anliker (SP): Ich stelle Ordnungsantrag, dass der Rat die Redezeit auf 2 Minuten pro Votum beschränkt. Auf Zweitvoten soll verzichtet werden.

Beschluss

Der Rat beschliesst dem Ordnungsantrag mit 34 : 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen stattzugeben.

Zu Ziffer 7

Thomas Balmer (FDP): Unsere Fachstelle für Gleichstellung kann mit 100 Stellenprozenten ihre Anliegen durchsetzen. Andere Fachstellen sind auch nicht mit mehr Stellenprozenten dotiert und leisten gute Arbeit. Sie sind das, wofür sie vorgesehen sind: Eine Stabsstelle.

Corinne Mathieu (SP): Dieses Anliegen ist für die SP/JUSO-Fraktion indiskutabel. Eine Reduktion der Stellenprozente um 50% würde das Aus für die Fachstelle bedeuten. Die FDP-Fraktion will die Fachstelle in Raten abschaffen. Es ist für mich unfassbar, dass die FDP-Frauen diese Motion unterschrieben haben.

Rudolf Friedli (FDP): Angesichts der Finanzlage der Stadt ist auch das Gleichstellungsbüro nicht sakrosankt. Gleichstellung ist ein Grundrecht wie jedes andere auch. Nicht jedes Grundrecht hat ein eigenes Büro. Die Verfassung verlangt von den Gemeinden kein Gleichstellungsbüro. Sonst würden 97% der Gemeinden verfassungswidrig handeln. Bei einem Budget von 350 000 Franken pro Jahr muss auch die Fachstelle für Gleichstellung in den sauren Apfel beissen.

Nathalie Imboden (GB): In unserer Gemeindeordnung ist der Gleichstellungsauftrag enthalten. In der Bundesverfassung steht nur der Grundsatzauftrag. Das Volk will eine Fachstelle für Gleichstellung.

Verena Furrer-Lehmann (GFL): Letzte Woche hat unsere Fraktion eine Aufstockung der Fachstelle für Gleichstellung abgelehnt. Wir sind aber klar gegen eine Reduktion. Wir sind auch gegen eine Zusammenlegung mit Kanton und Bund. Dies käme beides einer Abschaffung gleich. Jede grössere Firma betreibt heute eine solche Stelle. Diese nimmt mit Kontrollen Anregungen und neuen Ideen Einfluss auf die Organisation zeitgemässer Unternehmensführung. Sie hat in gewissem Masse eine Ombudsfunktion. Sie zeugt auch für die Bedeutung, die eine Firma der Gleichstellung gibt. Sie zeugt für eine moderne und aufgeschlossene Personalpolitik. Warum soll die Stadt dies nicht auch tun. Wir haben eine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Unsere Fachstelle für Gleichstellung hat etliches erreicht. Es bleibt aber noch viel zu tun.

Stephan Hügli (FDP): Die Gemeindeordnung fordert, dass die Stadt die Gleichstellung fördert und dass sie sich für eine angemessene Vertretung von Mann und Frau einsetzt. Von einer Gleichstellungsstelle ist nichts geschrieben. Man könnte diese Aufgabe durch den Kanton günstiger durchführen lassen und so Doppelspurigkeiten vermeiden.

Dieter Beyeler (SD): Wir haben schon bei einer früheren Sitzung für eine 100%-Stelle votiert. Je mehr die Gleichstellung verwirklicht wurde, desto mehr kann man die Stellenprozente run-

verfahren. Eine 100%-Stelle ist genügend für die Überwachungsfunktion, die sie noch wahrnimmt. Eine Zusammenlegung mit dem Bund ist angesagt.

Thomas Fuchs (SVP): Der Kantonal-Bernische Gewerbeverband hat zu der strategischen Aufgabenprüfung Stellung genommen. Die Aufgabe des Gleichstellungsbüros ist erfüllt, es kann abgeschafft werden.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Ich bitte dies abzulehnen. Dieses Anliegen kommt immer wieder. Kann eine Abschaffung nicht erreicht werden, versucht man es durch Kürzung. Eine Fachstelle für Gleichstellung ist notwendig. Übrigens steht in der GO auch nicht, dass es ein Amt für Wirtschaftsfragen geben muss. Trotzdem betreiben wir eines. Auch Wirtschaftsförderung ist notwendig.

Beschluss

Der Rat lehnt die Ziffer 7 der Motion mit 39 : 29 Stimmen ab.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Christine Bosshardt, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Anton Maillard, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Guglielmo Grossi, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Esther Kälin Plézer, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird mit 51 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen geändert. Traktandum 5 wird vorgezogen.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Stadtratspräsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Der Protokollführer: *Ruben Ammann*